

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 16.10.2008 um 18.00 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffern 5 und 10)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Stiller (für Stadtrat Moser)
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Bgmin. Regan

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp (für 2. Bgm. Christof)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Groß

Berichterstatter:

Rechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner (bis Ziffer 3)
Amtsrat Teichmann
Verwaltungsangestellte Heger
Frau Reder, Leiterin Musikschule (Ziffer 1)
Stadtplaner Neumann (bis Ziffer 5)
Dipl. – Ing. Wirth (Ziffer 5)
Stadtgärtner Besch (Ziffer 6)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos

Stadträtin Wachter
Stadträtin Stocker
Frau Schlötter (Ortssprecherin Sickershausen)
Stadtrat M. Müller
Stadtrat E. Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Moser
2. Bgm. Christof

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Abrechnung des Musikschulbudgets für das Haushaltsjahr 2007: Übertragung nicht verbrauchter Mittel

Ohne Abstimmung

Die im Haushaltsjahr 2007 nicht verbrauchten Mittel i. H. v. 34.813,27 € werden laut Budgetrichtlinien zu 70% i. H. v. 24.369,29 € erneut bereitgestellt:

2. Budgetübertrag 2007 Alte Synagoge Kitzingen

Ohne Abstimmung

Der mögliche Übertrag in Höhe von 12.645,00€ (70%) wird in das HHJ 2008 übertragen.

3. Budgetübertrag 2007 Volkshochschule Kitzingen

Ohne Abstimmung.

Der im HHJ 2007 erwirtschaftete Budgetüberschuss in Höhe von 20.255€ (70%) wird in das HHJ 2008 übertragen. Für das Jahr 2009 werden 6.000,00€ für die Erhöhung von Dozenten honorare (HHST. 3501.4168) in den Verwaltungshaushalt eingestellt. 9.000,00€ werden im Vermögenshaushalt im HHJ 2008 für bewegliches Vermögen eingestellt.

4. Bebauungsplan Nr. 90 „Solarpark Steinhügel-Kalpertsbrunn, 2. Bauabschnitt“, Aufstellungsbeschluss

A. Stadtplaner Neumann geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass die Firma Beck Energie, nachdem der Bauabschnitt 1 abgeschlossen sei, eine weitere Photovoltaikfläche errichten möchte. Aufgrund Lieferengpässen konnte die Firma noch nicht mit dem Bau des ersten Abschnittes beginnen. Dieser ist für das Frühjahr 2009 geplant. Er stellt dar, dass die Firma Beck Energie die gesamten Kosten für die Planungsleistungen übernimmt und bittet den Aufstellungsbeschluss in genannter Form zu fassen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Beschlussentwurf, wobei die Meinung dahingehend geäußert wird, dass die Firma zunächst den Bauabschnitt 1 abschließen sollte, bevor die Planungsarbeiten seitens der Stadt für den zweiten Abschnitt erfolgen, nachdem das bisherigen Verfahren bzgl. der Ansiedlung der Photovoltaikanlage sehr zeitintensiv war.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Verwaltung hierbei keinen Aufwand habe, nachdem die Firma die Kosten für die Bebauungsplanaufstellung übernehme.

Darüber hinaus sei man aufgrund des jüngsten Firmenwechsels von der Leistungsfähigkeit überzeugt.

Aufgrund weiterer kritischer Nachfragen gibt Oberbürgermeister Müller den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktionen und Gruppen. Die Entscheidung erfolge in der Stadtratssitzung am 23.10.2008.
Hiermit besteht Einverständnis.

5. Umgestaltung Mainpromenade, Bauabschnitt II

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

A. Oberbürgermeister Müller stellt eingangs dar, dass für den Bauabschnitt 2 die Grobplanungen feststehen und man die Möglichkeit habe, in diesem Bereich die Anliegerbeiträge aufgrund einer Sondersatzung relativ gering zu halten. Er verweist auf die Vorschläge, die Planung für den gesamten Bereich des Mainufers anzugehen, damit die Sondersatzung komplett für den Mainkai erlassen werden kann. Er gibt zu Bedenken, dass eine Sondersatzung nur anhand einer konkreten Planung erlassen werden könnte. Nachdem man für das Jahr 2008 noch Zuschüsse abrufen könnte, sollte man den Beschlussentwurf in heutiger Sitzung fassen, damit die Planungen entsprechend weitergeführt werden können.

Bezüglich des Bauabschnittes 3 erklärt er, dass man zunächst die Möglichkeit einer Sondersatzung abwarten müsste, bevor man die Entscheidung treffen könne, in welchem Umfang und welcher Art und Weise die Umgestaltung erfolgen könnte. Diese Aussage könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben werden.

Hinsichtlich der Schrankenstraße und der wegfällenden Parkplätze am Mainkai stellt er dar, dass durch geringerem Aufwand und Änderung der Parkregelung (Quer- anstatt Längsparkplätze) der Wegfall aufgefangen und die Schrankenstraße in diesem Zusammenhang aufgewertet werden könnte.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Beschlussentwurf. Es wird kritisch geäußert, dass derzeit keine Gesamtplanung angegangen werde und aufgrund dessen keine Aussagen zu den Anliegerbeiträgen getroffen werden können. Sie geben zu Bedenken, dass man bei der Diskussion zum Bauabschnitt 3 zwangsläufig auch die Anliegerbeiträge – ggf. ohne Sondersatzung - hinnehmen müsse.

Darüber hinaus müssten zum jetzigen Zeitpunkt auch die weiteren Zusammenhänge (Alte Mainbrücke, Schrankenstraße usw.) beachtet werden.

Außerdem wird die Bürgerbeteiligung bemängelt.

Oberbürgermeister Müller weist nochmals darauf hin, dass nach Feststehen, ob die Sondersatzung auch für den Bauabschnitt 3 erlassen werden könnte, der Stadtrat die Entscheidung habe, ob und in welcher Art und Weise der Ausbau des Mainkais im Bereich der Fischergasse erfolge. Er ergänzt, dass nach der Beschlussfassung eine Bürgerversammlung mit Vorstellung der Planung für den Bauabschnitt 2 erfolge.

Stadtplaner Neumann erklärt bzgl. weiterer Wortmeldungen hinsichtlich der Beiträge, dass die heutige Beschlussfassung kein Problem der Beiträge sei, sondern es um die Ausführungsdetails gehe, die für das weitere Vorgehen notwendig seien.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Schwab wird stattgegeben.

C. Dipl. – Ing. Wirth geht im Folgenden auf die möglichen Gestaltungen der Steeganlage ein (Metall/Stein oder Metall/Holz) und stellt dar, dass man sich für die Metall/Stein-Konstruktion entscheiden sollte, nachdem bei der gegenüberliegende Seite im Rahmen „Natur in Kitzingen“ eine Holzkonstruktion verwendet werde. Er stellt dar, dass die Kosten für die Steinkonstruktion geringfügig höher seien, jedoch die Kostenschätzung ebenfalls hoch ausgefallen sei und man deshalb hoffe, dass die Kosten hierfür noch sinken werden.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung hinsichtlich der Metall/Stein-Konstruktion sowie der übrigen Punkte im Beschlussentwurf.

D. Mit 8 : 4 Stimmen

Der Stadtrat beschließt die Ausführung der Steganlage als Metall-/ Steinkonstruktion.

E. Mit 8 : 4 Stimmen

Unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Stadtrates vom 07.10.2008 und des Punktes 2. beschließt der Stadtrat grundsätzlich die vorgelegten Maßnahmen zur Umgestaltung des 2. Bauabschnittes der Mainpromenade. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs Zuschussanträge zu stellen und die Ausschreibung der Maßnahme vorzubereiten.

F. Mit 6 : 6 Stimmen

Der Stadtrat beschließt die Anmietung von Tiefgaragenstellplätzen für die betroffenen Anwohner während der Bauphase, sofern dies noch notwendig ist.

G. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit die Tiefgaragenstellplätze nicht zur Verfügung stehen.

H. Mit 12 : 0 Stimmen

Die Öffentlichkeit ist über die Inhalte der Planung zu informieren.

6. Erarbeitung einer Baumschutzsatzung für die Stadt Kitzingen

A. Mit 3 : 10 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung erhält den Auftrag einen Entwurf für eine Baumschutzverordnung zu erarbeiten.

B. Mit 10 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen erstellt keine Baumschutzverordnung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger verantwortungsbewusst mit den Bäumen umgeht. Eine weitere Bürokratisierung und Gängelung der Bürger wird damit verhindert und zusätzliche Verwaltungskosten vermieden. Bei Baumaßnahmen im Stadtgebiet Kitzingen sind die vorhandenen Instrumente wie Bauordnung und Bebauungspläne verstärkt für den Baumschutz zu nutzen. Dies gilt besonders für die Baumaßnahmen der Stadt Kitzingen.

7. Stromlieferung für die Stadt Kitzingen durch die N-ERGIE AG und die Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen Rahmenvereinbarung „Strom Kommune Plus Öko“ für das Jahr 2009

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachvortrag ein und bittet um Zustimmung. Stadtrat Popp fragt nach, ob an der Sondersitzung in Sachen Energie am kommenden Dienstag, 21.10.2008 Aussagen dahingehend getroffen werden, ob sich die Stadt für den günstigsten Preis für die Bürger einsetze. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies nichts mit dem vorliegenden Beschlussentwurf zu tun habe, sondern es hierbei um den Strompreis der Stadt Kitzingen gehe. Aufgrund weiterer Nachfragen diesbezüglich stellt Stadträtin Dr. Endres-Paul den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 10 : 3 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Dr. Endres-Paul wird stattgegeben.

C. Mit 12 : 1 Stimmen

Der Rahmenvereinbarung „Strom Kommune Plus Öko“ zwischen dem Bayer. Gemeindetag (für die Kommunen) und der N-ERGIE AG vom 07.08.2008 –gültig ab 01.01.2009- wird für ein Jahr (bis 31.12.2009) beigetreten; ebenso der Preisvereinbarung mit den Licht-, Kraft- und Wasserwerken Kitzingen vom 10.09.2008.

Soweit sich durch künftige Änderungen bzw. Neufassungen dieser Rahmenvereinbarung keine gravierenden Abweichungen ergeben, kann der Oberbürgermeister darüber entscheiden, ob die Beitrittserklärung der Stadt aufrechterhalten werden bzw. fortgeführt werden soll. Eine gesonderte Zustimmung des Stadtrates muss nicht mehr eingeholt werden.

8. Generalsanierung der D. Paul-Eber-Schule; Zuweisung nach Art. 10 FAG Maßnahmevereinbarung

Mit 13 : 0 Stimmen

Der Unterzeichnung der Maßnahmevereinbarung mit der Regierung von Unterfranken zur Generalsanierung der D. Paul-Eber-Schule wird zugestimmt.

9. Zuschussantrag des Kitzinger Rudervereins von 1897 e. V. zur Beschaffung eines Renneiners für den Hochleistungssport

Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Kitzinger Ruderverein wird zur Beschaffung eines Renneiners ein Zuschuss in Höhe von 5 % des Angebotspreises von 8.000 €, höchstens 400 € gewährt.

10. Neufassung der Budgetierungsrichtlinien

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Den in der Anlage (1) beigefügten "Budgetierungsrichtlinien" wird zugestimmt, sie treten zum 01.11.2008 in Kraft. Gleichzeitig treten die Richtlinien für die Durchführung der Budgetierung vom 16.12.1999, zuletzt geändert mit Ausfertigung vom 25.08.2006 außer Kraft.
2. Den in der Anlage (2) aufgelisteten Budgets des Verwaltungshaushalts 2009 wird zugestimmt.
3. Der Auflösung der in der Anlage (3) aufgelisteten Budgets wird zugestimmt.
4. Von den nach Ämtern ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts (Anlage 4) wird Kenntnis genommen.

11. Anfrage von Stadtrat Popp Weiteres Vorgehen Minigolfplatz

Stadtrat Popp verweist auf ein Schreiben bezüglich des Minigolfplatzes und fragt nach, wie die Stadt diesbezüglich weiter vorgehen werde.

Oberbürgermeister Müller verweist zunächst auf die Beschlusslage, wonach der Minigolfplatz im Rahmen von „Natur in Kitzingen 2011“ einbezogen und aufgrund der Renaturierung des Bimbachs an anderer Stelle verlegt werde. Man habe bereits Gespräche mit der jetzigen Besitzerin geführt. Darüber hinaus wurde der Platz per Ausschreibung Investoren bzw. Betreibern angeboten. Nach Fristende werde man dem Gremium einen Beschlussentwurf vorlegen. Falls keine Angebote eingehen sollten, sei ggf. zu überlegen, ob die Stadt in Eigenregie die Umbaumaßnahme durchführe und anschließend vermiete. Gegenwärtig ermittle man die Kosten, zu welchen Pachtzins die Anlage vermietet werden könnte. Er stellt dar, dass der derzeitige Preis in Zukunft nicht gehalten werden könne.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.35 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer